

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

15.12.1925 (No. 291)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher Zeitung,  
Eckstr. Nr. 14.  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Verlagskonto:  
Karlsruhe  
Nr. 3516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amenz,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.—, vierteljährlich 8.—, halbjährlich 15.—, jährlich 30.—. Einzelhefte 1.—. Anzeigenpreis: 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bei Einnahme von Anzeigen ist die Zahlung im Voraus zu leisten. Bei Abnahme von Anzeigen ist die Zahlung im Voraus zu leisten. Bei Abnahme von Anzeigen ist die Zahlung im Voraus zu leisten. Bei Abnahme von Anzeigen ist die Zahlung im Voraus zu leisten.

### Amtlicher Teil

#### Die sog. „Reichsverbandsprüfung“ der nichtstaatlichen Lehranstalten

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Reichsverbandsprüfung“, die an den nichtstaatlichen Lehranstalten in Baden und im übrigen Reiche abgehalten wird, durchaus privaten Charakter hat. Diese Prüfung soll jungen Leuten, denen die Reise für Obersekunda fehlt, Gelegenheit geben, ein „Mindestbildungsmaß“ für den Eintritt in bestimmte Berufe oder Hochanstalten nachzuweisen. Die Anforderungen entsprechen angeblich denen der früheren Einjährigenprüfung.

Der Reichshulandsschuß hat die Anschauung vertreten, daß zu einer solchen Prüfung ein Bedürfnis nicht vorliegt. Nachdem die Einjährig-Freiwilligenprüfung, die früher vor einer besonders eingesetzten Kommission abgelegt werden konnte, durch das Reich aufgehoben sei, könne auch einer Ersatzprüfung für diese Prüfung staatlicherseits eine Bedeutung nicht beigelegt werden. Die frühere Einjährigenprüfung werde lediglich durch die an einer öffentlichen Lehranstalt abgelegte Prüfung zum Nachweis der Reife für die Obersekunda ersetzt.

Hierzu kann eine solche private Prüfung keinerlei Ersatz für eine staatliche Prüfung bilden. Sie wäre daher auch für die etwaige spätere Zulassung zu öffentlichen Berufen ohne jede Bedeutung, wie ihre Befreiung auch nicht von der Ablegung einer Aufnahmeprüfung in die Obersekunda einer öffentlichen Lehranstalt befreien kann. Im Hinblick hierauf könnte auch Lehrern öffentlicher Schulen nicht gestattet werden, sich an der Abhaltung solcher Prüfung zu beteiligen, selbst wenn ihnen die Genehmigung zum Unterrichten an den betreffenden nichtstaatlichen Anstalten erteilt worden sein sollte.

Durch eine solche Prüfung würde überdies der organische Aufbau des Schulwesens, wie er nach den Bestimmungen der Reichsverfassung vorgesehen ist, nur ungünstig beeinflusst werden, da die Prüfung in der systematischen Ausgestaltung des Schulwesens keine innere Begründung finden würde.

### Die Reichsregierungskrise

Koch bei der Kabinettsbildung

Durch die Besprechungen des Reichsministers a. D. Koch am Montag mit den Parteiführern wurden, wie das „D. Z.“ berichtet, die Grundlagen für die gemeinsamen interfraktionellen Verhandlungen geschaffen, die für heute, Dienstag, vorgesehen sind. Auch die Personenfragen wurden am Montag bereits gestreift. Benannt werden für das Amt des Vizekanzlers: Hermann Müller, während als Außenminister Stresemann wiederleben wird. Als Reichswirtschaftsminister wird Luther, als Justizminister Marx genannt. Wiederkehren dürften Postminister Stinagel, Verkehrsminister Krohne und voraussichtlich auch Brauns als Arbeitsminister. Für das Innenministerium wird der Sozialdemokrat Müller, deutscher Befandter in Lettland, in Erwägung gezogen. Offen wären demnach noch das Finanz- und das Reichswehrministerium. Wie das „D. Z.“ erfährt, halten die Sozialdemokraten die Wiederkehr Gessler's nach wie vor für untragbar.

Die für heute vorgesehenen interfraktionellen Besprechungen der für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien wird sich mit einem von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Koch ausgearbeiteten Arbeitsprogramm für die Große Koalition beschäftigen. An die Stelle der sozialdemokratischen Programmpunkte will laut „Wost. Ztg.“ Abg. Koch eigene Vorschläge treten lassen. Bei ihrer Formulierung insbesondere der sozialpolitischen Fragen werde sich Koch der Sachkenntnis des bisherigen Reichsarbeitsministers Brauns bedienen.

Über die Verhandlungen des Reichsministers a. D. Koch mit den Parteien, die für die Bildung der großen Koalition in Frage kommen, verlautet aus parlamentarischen Kreisen, daß bei den Sozialdemokraten die Geneigtheit vorhanden ist, die große Koalition mitzumachen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß sie bereit seien, an den Verhandlungen unter Führung Koch's teilzunehmen, daß sie aber hinsichtlich des Programms der Sozialdemokraten manche Bedenken hätten. Die Vertreter des Zentrums sagten Koch ihre Unterstützung zu. Auch die Bayerische Volkspartei erklärte sich bereit bei den Verhandlungen mitzuwirken. Die wirtschaftliche Vereinigung behielt sich vor, ein etwaiges Ministerium Koch von Fall zu Fall zu unterstützen.

Veränderungen in der thüringischen Landesregierung. Die Staatsräte Dr. Hartig (Landbund) und Dr. Müller (D. Vp.) haben, wie aus Weimar gemeldet wird, ihr Mandat niedergelegt. Demzufolge wird der Landtag noch vor dem angelegten Termin mit der Tagesordnung „Ergänzung der Landesregierung“ einberufen werden.

### \* Die Wirtschaftskrise

Als wir vor Monaten auf die furchtbare Wirtschaftskrise, die uns für den Winter drohte, aufmerksam machten, gab es im deutschen Volke noch immer viel zu viele Optimisten, die den Ernst der Lage nicht recht zugeben wollten oder angesichts dieses Ernstes die bekannte Vogel-Strauß-Politik trieben. Erst die letzten Wochen haben auch diesen Optimisten die Augen geöffnet, diese letzten Wochen, in denen eine Geschäftsstilllegung bzw. ein Konkurs dem anderen folgte, und die Arbeitslosen ziffern eine geradezu erschreckende Höhe erreichten. Und doch ist der Gipfelpunkt der Krise sicherlich noch nicht einmal erklommen: für den Rest des Dezembers und den Januar sind noch weitere Angestellten- und Arbeiterentlassungen zu erwarten.

Diese Wirtschaftskrise bringt unsäglichen Elend über unser Volk. Und zwar sind es nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die diesem Elend ausgeliefert werden, sondern auch viele Arbeitgeber und Unternehmer, viele selbständige Handwerker und Gewerbetreibende. Es ist ganz selbstverständlich, daß diesen Volksgenossen, die doch schließlich in der großen Notzahl völlig unschuldig in Not geraten, geholfen werden muß. Es wäre ein Hohn auf den sozialen Staat, wenn hier irgendwas verjährt würde. Und es ist die sittliche Pflicht aller derjenigen, die im Besitz eines laufenden Einkommens sind, nach ihren Kräften dazu beizutragen, daß jene Not gelindert wird.

Allerdings sind alle diese Summen, die für Arbeitslosenunterstützung im weitesten Sinne des Wortes aufgebracht werden, unproduktive Ausgaben. Und es ist ganz klar, daß der allgemeine Staatsbankrott folgen müßte, wenn der jetzige Zustand längere Zeit anhielte. Das deutsche Volk muß also alles daran setzen, so rasch wie möglich aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen. Wir hoffen und glauben, daß die Not dieser Monate sehr bald alle Volksschichten lehren wird, daß jetzt alle Wünsche und Erwägungen nur dem einen einzigen großen Ziele untergeordnet sind, nämlich dem, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Das Betonen von sozialen Gegenmaßnahmen hat angesichts dieser Krise seinen Zweck völlig verloren, da unmittelbar oder mittelbar sämtliche Teile des Volkes von der Krise betroffen sind.

Die Frage ist nun die: Wie ist es möglich, die Wirtschaftskrise zu überwinden? Diese Frage kann hier natürlich nur ganz prinzipiell und allgemein erörtert werden. Eine Erkenntnis ist vorwegzunehmen, nämlich die, daß die Produktionssteigerung, von der in den letzten Jahren so viel gesprochen wurde, uns zunächst nichts helfen kann, sofern es sich um eine rein quantitative Steigerung der Produktion handelt. Wir haben genug Waren, ja wir haben an Waren und Warenorten sogar übergenug, sodaß der Übergang zur Normung und Typisierung eine gebieterische Notwendigkeit geworden ist. Aber die Kaufkraft ist so gering, daß die Fabriken, die Großhändler, die Kleinhändler und Handwerksmeister beinahe sämtlich über Mangel an Absatz zu klagen haben.

Aus dieser Erkenntnis folgert die zweite, daß auf dem Inlandmarkt im großen und ganzen überhaupt zur Zeit keine besseren Geschäfte zu machen sind, weil eben die Kaufkraft zu gering ist. Retten kann vor allem nur der Export, der Verkauf von Waren ans Ausland, da er uns für unsere Arbeitsleistung Geld ins Land bringt und so die Kaufkraft aller Schichten steigert. Voraussetzung für einen solchen Export aber ist dreierlei: erstens müssen die handelspolitischen Beschränkungen des Versailler Friedensvertrages fallen, zweitens müssen wir die Auslandskonkurrenz im Preise unterbieten können oder doch bei gleichen Preisen die qualitativ bessere Ware liefern; und drittens muß das Ausland der von uns gelieferten Ware auch wirklich bedürfen.

Der für uns wichtigste Punkt ist zunächst der zweite, weil wir hier allein zuständig sind. Die Situation ist nun leider die, daß im Augenblick an eine billigere Herstellung von Waren gar nicht zu denken ist, und daß auch die Lebensmittel nur in einzelnen Fällen im Preise gesenkt werden können. Wo man heute mit einem Produzenten (einschließlich der Landwirte) spricht, hört man immer nur die eine Klage, daß nichts mehr verdient wird. Die Folge davon sind Betriebseinsparungen. Unter diesen leiden zunächst die Arbeitnehmer. Unter deren

Not leidet aber wieder das Geschäft, weil eben mit einer jeden Entlassung oder Arbeitsverkürzung eine Schwächung der Kaufkraft des Betreffenden verbunden ist.

Was könnte nun also praktisch geschehen, um jene allgemeine Preislenkung, welche die oberste Voraussetzung eines guten Exportgeschäftes ist, herbeizuführen? An Vorschlägen und Wünschen von Seiten der verschiedenen Berufsständen unseres Volkes fehlt es nicht. Wahrscheinlich haben alle diese Vorschläge irgend etwas Gutes an sich. Und es wäre nützlich, sie alle zu überprüfen, um aus ihnen ein Sanierungsprogramm zusammenzustellen. Die Vorschläge erschöpfen sich im wesentlichen in folgenden Punkten: mögliche Einschränkung der Steuern und Abgaben, Erleichterung dauerhafter Kredite, Erhöhung der produktiven Leistung des Arbeiters nach der qualitativen Seite hin, d. h. also Mehrleistung in der Stunde, Rationalisierung der Wirtschaft (Abbau überflüssiger Stellen, Vereinfachung der Betriebe, Typisierung der Waren, Ausnutzung aller die Produktion verbilligenden technischen Errungenschaften), allgemeine Senkung der Ansprüche. Daß man von einem Volksgenossen, der nichts hat oder nur die Arbeitslosenunterstützung bezieht, oder sich mit dem Lohn für Kurzarbeit begnügen muß, keine Senkung der Ansprüche verlangen kann, ist selbstverständlich.

Daß aber auch heute noch sehr weite Schichten unseres Volkes den wahren Stand der Dinge absolut nicht erkannt haben und Ansprüche an das Leben stellen, die vielleicht vor dem Kriege befriedigt werden konnten, jetzt aber bei der faktischen Verarmung der Gesamtheit sich nicht befriedigen lassen, ist bekannt. Wenn wir davon ausgehen, daß vor dem Kriege — wenigstens ist das ja die überall anzutreffende Meinung — so gut wie alle Volksgenossen ihr leidliches Auskommen hatten, dann muß, wenn nicht gerade der Index falsch ist, jeder, der heute 150 Proz. seines Vorkriegseinkommens hat, auch auskommen können. Kommt er nicht aus, dann sind seine Ansprüche eben gegen früher gestiegen, oder aber er versteht nicht zu wirtschaften.

Sollte sich ein Sanierungsprogramm für unsere Wirtschaft und das heißt für unser ganzes Volk auf der Basis jener Verbesserungsvorschläge zusammenstellen lassen, so ist eine weitere Voraussetzung für ein Gelingen die, daß alle Schichten unseres Volkes auch die richtige Einsicht von der wahren Lage der Dinge gewinnen, und sich nicht durch allerlei schöne Phrasen und utopische Vorstellungen verleiten lassen. Vor allem findet der soziale Neid, wenn man die Verhältnisse vom Standpunkte der Gerechtigkeit betrachtet, zur Zeit wirklich nur noch wenig Anlaß zur Aufregung. Die Schicht der Reichen ist, wie die Statistiken lehren, immer dünner geworden, und auch diese Reichen wissen bei der Wirtschaftskrise heute nicht mehr, ob sie nicht morgen bereits zu den Armen gehören werden. Wir müssen zusammenstehen in dieser Stunde wirtschaftlicher Not. Denn nur gemeinsam wird es uns gelingen, die Not zu bannen.

Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bedarf noch der Zustimmung im Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angelegt worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhungen bereits mit dem 21. Dezember in Kraft treten zu lassen, so daß sie noch vor Weihnachten den Arbeitslosen zugute kommen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember ab war nicht möglich, da bis zu diesem Termin die notwendige Verhandlung mit dem Reichsrat sich nicht hätte ermöglichen lassen.

Die preussische Generalsynode hat am Montag ein Kirchengesetz betreffend Weilegung des Titels Bischof in erster Lesung angenommen. Das Gesetz bestimmt, daß gemäß Artikel 111 Absatz 2 der Verfassungsurkunde dem Generalsuperintendenten die Amtsbezeichnung Bischof beigelegt wird; jedoch haben nach einem gleichfalls angenommenen Ergänzungsantrag die Provinzialkirchenräte freie Hand, innerhalb zweier Monate nach der Verkündung des Gesetzes die einstweilige Fortdauer der bisherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinzen zu beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Genehmigung der Provinzialsynode. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfes findet am 15. Dezember statt, nachdem sich der verfassungsgebende Ausschuß nochmals mit der Materie beschäftigt haben wird.

Die deutsch-italienischen Handels- und Schifffahrtsverträge. Im italienischen Staatsanzeiger wird ein Dekret über das Inkrafttreten des am 31. Oktober in Rom unterzeichneten deutsch-italienischen Handels- und Schifffahrtsvertrages veröffentlicht.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 14. Dez.

Vor dem Sitz des Präsidenten Ebe, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, sind Blumenarrangements aufgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Behrenbach (Zentr.) das Wort, um im Namen des Reichstages dem Präsidenten herzlichste Glückwünsche unter allseitiger Zustimmung auszusprechen.

Präsident Ebe sprach dem Hause seinen Dank für diese Ehrung aus.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über die Befolgungsbesserungen der Reichsbeamten.

Mit der Beratung wird auf Antrag des Abg. Fried (Woll.) die Besprechung des Antrages auf Vorlegung einer Denkschrift über die Ministergehälter verbunden.

Der Haushaltsausschuß ersucht in seinem Antrag die Regierung, den allgemeinen Steuerzuschlag für die Beamten der Gruppen I-IV von 12 1/2 Proz. auf 25 Proz., der Gruppen V und VI von 12 1/2 Proz. auf 20 Proz. zu erhöhen.

Reichsfinanzminister Dr. Lohse erklärt, die Regierung teile den Wunsch des Reichstages, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung nicht dem Antrag des Haushaltsausschusses zustimmen.

Reichsfinanzminister Dr. Lohse erklärt, die Regierung teile den Wunsch des Reichstages, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung nicht dem Antrag des Haushaltsausschusses zustimmen.

Der Reichsfinanzminister erklärt, dieser Antrag bringe gerade in den dringendsten Notfällen schnellere und wirksamere Hilfe, als der Antrag des Haushaltsausschusses.

Abg. Bender (Soz.) schildert die Notlage der Beamten. Die Behauptung der Regierung, daß die nötigen Mittel für eine Aufbesserung der Beamtengelder fehlen, sei unzutreffend.

Abg. Lohse (Deutschn.) weist auf die vielen Regierungserklärungen hin, in denen der Wille betont wurde, der Notlage der Beamtenschaft abzuhelfen.

Abg. Morath (D. Ep.) für die Parteien der Linken hört das soziale Empfinden auf bei den Besoldungsgruppen, die sie nicht mehr zu ihrer Anhängererschaft rechnen.

Abg. Erling (Zentr.) tritt für den Antrag des Haushaltsausschusses ein. Auch er bringe den Beamten keine ausreichende Hilfe, aber er versuche wenigstens, dem dringenden Notstande abzuhelfen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte nochmals den Antrag des Haushaltsausschusses für unannehmbar.

Abg. Torgler (Komm.) macht den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten den Beamten bei den Wahlen goldene Berge versprochen und jetzt alle Versprechungen vergessen.

Abg. Schulz-Steinlich (Dem.), die Demokraten, die unausgegessene Situation ablehnen. Der preussische Finanzminister Höpfer-Schöff habe immer die Berechtigung der Beamtenwünsche anerkannt.

Die Weiterberatung wird nach 7 Uhr auf Dienstag nachmittag 1 Uhr vertagt.

Vorher wurde die Novelle zur Rechtsanwaltsordnung an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Die Uebergabe des Locarno-Vertrages an den Völkerbund

Im Laufe der in Genf am gestrigen Montag abgehaltenen Eröffnungssitzung des Völkerbundes übergab Chamberlain dem Vizepräsidenten Scialoja in feierlicher Form die in Locarno unterzeichneten Originale des Vertragswerkes von Locarno, nämlich den Westpakt, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich bzw. Belgien, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei bzw. Polen, und das Schlupprotokoll.

Die eindrucksvolle Handlung wurde durch kurze Ansprachen Chamberlains und Paul Doucours erhöht. Beide Redner wiesen auf die hohe Bedeutung dieser Stunde hin.

Raul Doucour verlas ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem dieser erklärt, daß Frankreich stolz sei, seine Unterschrift unter die Verträge gesetzt zu haben.

Die Erklärungen des englischen und des französischen Vorschlägers folgten kurze Ansprachen der anderen Ratmitglieder, die von dem zahlreich erschienenen Publikum unter feierlicher Stille und mit lebhafter Aufmerksamkeit entgegengenommen wurden.

Es folgten kurze Ansprachen der anderen Ratmitglieder, wobei Graf Ishij-Zapan sich mit besonders warmen Worten an Deutschland wandte, dessen Eintritt als Großmacht von Japan lebhaft begrüßt wurde.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ ist am Montag bei einem Dankgottesdienst für die Abmahnungen von Locarno zum erstenmal seit dem Kriege die deutsche Flagge in den Vereinigten Staaten öffentlich entfaltet worden.

Die Zusammensetzung des Reichstages

Die 493 Mitglieder des Reichstages verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen in folgender Weise:

Die Sozialdemokratische Partei steht an der Spitze mit 131 Mitgliedern, die Deutschnationale Volkspartei zählt 110 Mitglieder, das Zentrum 67, die Deutsche Volkspartei 51, die Kommunistische Partei 45, die Deutsche Demokratische Partei 32, die Wirtschaftspartei, die in sich die Wirtschaftspartei, den Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund und die Deutsch-hannoversche Partei umfaßt, 21, die Bayerische Volkspartei 19, die Volksliste der Arbeiterpartei 14 Mitglieder und einen Gast.

Die Verhandlungen über die Weidertagungsfrage sind am Montag im Reichstag wieder aufgenommen worden.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn sind beendet. Die Verhandlungen, die am Montag Nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner wegen der vom Personal geforderten allgemeinen Lohnaufbesserung gepflogen wurden, wurden, wie die wäuter erfahren, erfolgreich abgeschlossen.

Die Annette in Ossen. Die statistischen Erhebungen über die Anwendung der Verordnung über Strafbarkeit vom 5. September ds. J. ergeben in Ossen folgendes Bild.

Steuerhinterziehung von Lichtspieltheatern. Die mit der Presse in Verbindung stehenden Augsburger Lichtspieltheater sind nach einer Wäutermeldung bei einer polizeilichen Kontrolle der Steuerhinterziehung in großem Umfange überführt worden.

Für 5 1/2 Millionen Mark Miete in Berlin rückständig. Nach einer Mitteilung des „Tag“ haben die rückständigen Mieten in Berlin die Höhe von etwa 5 1/2 Millionen Mark erreicht.

Barter Gilbert reist nach Amerika. Wie aus London gemeldet wird, ist der Generalagent für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, begleitet von dem Direktor der Bank von England, Montague Norman, nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Die Anleihe der Schweiz. Die feste Anleihe des Bundes hat sich, wie aus Bern gemeldet wird, in den Jahren 1923 bis 1925 um rund 184 Mill. Franken vermehrt und beläuft sich Ende 1925 auf 2 068 Millionen Franken.

Bayerische Volkspartei und Zentrum

Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei der Pfalz in Kaiserlautern hat die Wiederannäherung der Bayerischen Volkspartei an das Zentrum behandelt und dazu eine Entscheidung gefaßt, in der es heißt, für eine Annäherung der Parteien sprechen die höchsten Interessen der katholischen Bevölkerung sowohl im Reich wie in Bayern.

Landberg gegen Weversdorff

In der republikanischen Zeitschrift „Die Justiz“ stellt der Reichstagsabgeordnete Otto Landberg, der in dem Magdeburger Prozeß der Rechtsbeistand des Reichspräsidenten Ebert war, die Behauptung auf, daß die beiden juristisch gebildeten Mitglieder des Magdeburger Gerichtes, Weversdorff und Schulze, die das erstinstanzliche Urteil bestimmt haben und die beide als Politiker zum Völligen Vloed der Deutschen nationalen gehörten, sich bei der Fällung des Urteils von ihrer politischen Einstellung hätten leiten lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Landmannschaften

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landmannschaften in Berlin sprach am Montag Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage insbesondere im Hinblick auf Locarno.

Kurze Nachrichten

Bäckerische Abgeordnete belästigt. In einem Prozeß gegen den wegen Mordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilten Grützel-Deber hat wie aus Berlin gemeldet wird, der Angeklagte Angaben über ein angebliches Mordkomplott gegen den Minister Severing und außerdem über angebliche Aufierungen der bürgerlichen Abgeordneten Bulke und Rube gemacht.

Beurteilungen bei der polnischen Postparatasse

Der frühere polnische Finanzminister und langjährige Direktor der Postparatasse, Hubert Linde, wurde, wie aus Warschau gemeldet wird, auf Grund der von der Staatsanwaltschaft gegen ihn geführten Untersuchung gestern in Haft genommen.

Der neue Kalatanz in Frankreich

Die neue Abwärtsbewegungen des Franken, die am Freitag einsetzte, hat sich am Samstag in starkem Tempo fortgesetzt.

Im griechisch-bulgarischen Konflikt

Die Vorschläge des Untersuchungsrichters, der im November an Ort und Stelle die Verhältnisse untersucht hatte, mit leichten Änderungen angenommen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe

Am 14. Dezember 1925, 8 Uhr vormittags. In Baden ist die Temperatur gegen gestern früh weiter gesunken (Karlsruhe -3, Zellberg -9 Grad). Das Tagesmittel, das vorgelesen noch annähernd normal war, lag gestern fast 4 Grad unter dem normalen Wert.

# Badischer Teil

## Ein Nachspiel zum Hagenschliess-Prozess

D. Karlsruhe, 14. Dez.

In der Nachmittags-Sitzung folgten die Verhandlungen. Erster Staatsanwalt Dr. Weisler hielt die Anklage gegen Mager wegen Begünstigung in vollem Umfange aufrecht, sowohl was die Umgehung der Briefsperrung, als auch die Überwindung des Kommissionsberichts an Honnef betrifft, der nach Auffassung des Staatsanwaltes ohne Zweifel als vertraulich zu behandeln war. Für Honnef habe bei seinen ersten Vernehmungen im April 1920 kein Anlaß vorgelegen, die Unwahrheit zu sagen. Kommt das Gericht dazu, Mager nur in einem Falle als schuldig zu erklären, so scheint dem Staatsanwalt eine Geldstrafe von 500 M. viel zu gering. Man möge bedenken, daß sich mit dem Maß der Pflichten als Abgeordneter auch die Verantwortung erhöhe. Der Antrag des Staatsanwaltes ging dahin: Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils im Falle der Verurteilung und nur wegen des Landtagsberichts eine Geldstrafe von 2000 M.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. R. Paas plädierte auf völlige Freisprechung. Für ihn sei es absolut nicht ausgeschlossen, daß eine dritte Persönlichkeit — und sollte es selbst ein Gegner sein — ihre Hand im Spiele hatte. Der Verteidiger hielt aber auch aus rechtlichen Gesichtspunkten den Festbestand der Begünstigung nicht für gegeben. Gegen Mager sei gar nichts bewiesen worden.

Erster Staatsanwalt Dr. Weisler trat den Einwänden des Verteidigers entgegen. Honnef hätte das größte Interesse an dem Landtagsbericht gehabt, auf den er seine ganze Verteidigung aufbauen konnte. Politische Gesichtspunkte hätten ihn dabei nicht berührt.

Nach kurzer Erwiderung der Gegenseite und der nochmaligen Verlesung des Angeklagten, daß er sich keiner strafbaren Handlung bewußt sei, zog sich gegen 16 Uhr das Gericht zur Beratung zurück.

Nach etwa einhalbstündiger Beratung verlesend der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Bender folgende Entscheidung:

Unter Verwerfung der staatsanwaltschaftlichen Verufung wird das verurteilende Erkenntnis des Schöffengerichts aufgehoben und der Angeklagte Mager freigesprochen. Die Kosten beider Instanzen trägt die Staatskasse. Was die Briefsperrung anlangt, so sagt die Begründung, daß die Beweise nicht ausreichen. Schwerer liege die Sache im zweiten Anklagepunkt angeht, der belastenden Aussage des Freundes Honnefs. Die Wahrscheinlichkeit spreche für die Schuld des Mager; allein zur Verurteilung genüge die volle richtige Überzeugung, und dazu habe es nicht ganz ausgereicht. Es sei durchaus denkbar, daß Honnef den Bericht von anderer Seite erhalten habe; man wisse ja, wie er mit unlauteren Mitteln arbeite, und es sei möglich, daß er auch in diesem Falle vertrat vorgegangen ist, um sich unter allen Umständen in den Besitz des Berichtes zu setzen, der ihm objektiv freilich nicht viel nützen konnte. Die Urteilsbegründung weist schließlich, ohne damit irgend jemanden einen Vorwurf machen zu wollen, darauf hin, wie wenig vorteilhaft es für ein Verfahren sei, wenn sich der Beschuldigte erst nach Verlauf von vier Jahren zu einem angebotenen Tatbestand äußern kann.

## Konferenz der Süddeutschen Handwerkskammern

Am 11. Dezember 1925 fand in Karlsruhe eine Konferenz der Süddeutschen Handwerkskammern statt. Von der Geschäftsstelle des deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages in Hannover wohnten ihr die Herren Derlien, Herrmann und Dr. Reich bei, außerdem der Leiter des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, Oberregierungsrat Kueerlins-Karlsruhe. Außer der Handwerkskammer Coburg waren sämtliche süddeutschen Handwerkskammern vertreten. Den Vorsitz der Konferenz hatte der Vorsitzende der bezugsweisen Vorortskammer, Handwerkskammerpräsident Gbbs-Freiburg.

In erster Linie befachte die Konferenz mit der Stellungnahme zum Preisabbau. Man wandte sich gegen die seitens der Reichsregierung getroffenen geschäftlichen Maßnahmen, welche die Rechte der Innungen und Fachorganisationen beschränkten. Die Handwerkskammern würden nach wie vor für sich das ihnen auf Grund der Reichsgeverbeordnung zustehende Recht in Anspruch nehmen, die Handwerker dahin zu belehren, daß sie unbedingt wenigstens ihre Selbstkosten in die Kalkulation mit einstellen, um sie vor Schäden zu bewahren. Gegen die beabsichtigte Wiedereinrichtung der Reichsgetreidepreise herbeigeführt wird, scharf Stellung genommen. Als nächster Punkt wurde der Geselzentwurf über Arbeitslosenversicherung besprochen. Mit Rücksicht auf die Belastung, die hierdurch der Wirtschaft auferlegt wird, wurde verlangt, daß der Entwurf zurückgezogen werde, solange die Preisabbauaktion im Gange ist.

Aber die Anerkennung der Kellereiferei als selbständiges Handwerk war die Konferenz der einstimmigen Auffassung, daß die Kellereiferei als selbständiges Handwerk nicht anerkannt werden könne, da seine Trennung eintreten dürfe, zwischen Holz- und Kellereiferei. Von einem Käufer müssen ausreichende Kenntnisse in beiden Arten der Stücker verlangt werden. Die Prüflinge wurden bisher auch immer in beiden Fächern geprüft.

Anlässlich der bevorstehenden Wahl eines Präsidenten des deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages stand sich die Süddeutschen Handwerkskammern auf den Standpunkt, daß keiner bestimmten Kammer ein Vorrecht zur Stellung des Präsidenten eingeräumt werden kann, ebenso wurde es nicht für notwendig gehalten, daß der Präsident am Sitz des Amtstages in Hannover seinen Wohnsitz haben muß.

Bei der Besprechung über die Verhältnisse im Ausbeschlagnahme wurde verlangt, daß als Voraussetzung zum Beschlagnahme einer Ausbeschlagnahme eine mindestens dreijährige Gesellenzeit vorausgegangen sein muß. Endlich wurde noch, da im Handwerk in letzter Zeit verschiedentlich Geselzentwürfe zur vertraulichen Behandlung zugesandt wurden, während andere Stände dieselben öffentlich behandelten, Einspruch erhoben. Auch das Handwerk muß für sich das Recht in Anspruch nehmen, Geselzentwürfe, die seine Verhältnisse betreffen, in aller Öffentlichkeit besprechen zu können.

Am folgenden Tage fand eine weitere Sitzung statt, über den Ausbau des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk in Karlsruhe. Es wurden hierbei Vorträge gehalten über die rationelle Betriebsführung im Handwerk im Rahmen der Gewerbeverbände, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Betriebsführung im Handwerk, kaufmännische Betriebsführung und über die Arbeitsgebiete und Arbeitsmethoden der technischen Abteilung des Forschungsinstituts. Anschließend fand eine Besichtigung des Instituts selbst statt, wo die augenblicklichen Untersuchungen vorgeführt wurden.

## Die Sozialversicherung

In verschiedenen Zeitungen fand sich vor einiger Zeit ein Artikel, in dem gesagt wurde, daß die Leistungen der Sozialversicherungsträger an die Versicherten zurückgegangen seien, während der Verwaltungsaufwand um 68 Proz. gegenüber der Vorriegezeit gestiegen wäre. Demgegenüber wird von zuständigen Seite mitgeteilt:

Von den Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalt Baden entfielen i. J. 1924 auf 100 GR. Einnahmen 6,44 Goldmark gegenüber 5,94 Goldmark im Jahre 1918, auf 100 Goldmark Ausgaben für Renten und Heilverfahren 7,23 gegenüber 12,80 Goldmark im Jahre 1918. Die Leistungen der Landesversicherungsanstalt Baden an Renten betrugen im Jahre 1924 nach vorläufiger Abrechnung 8.812.700 Goldmark gegenüber 4.289.206 Goldmark im Jahre 1918. Für Heilverfahren wurden verwendet seit Wiederaufnahme des Heilverfahrens in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 1.202.815 Mark, während im ganzen Jahre 1918 für diese Zwecke nur 1.272.948 M. ausgegeben wurden. 1926 werden sich die Leistungen der Landesversicherungsanstalt für Renten auf ca. 19 Millionen steigern und für Heilverfahren auf 2,5 Millionen.

## Verfuchserplosionen

Wie schon mehrere Male in den letzten Jahren, werden in der nächsten Zeit Verfuchserplosionen vorgenommen, um einerseits die Beschaffenheit der hohen Atmosphärenschichten, andererseits die geologische Beschaffenheit des Untergrundes zu erforschen. Großer Wert wird für die erste Frage auf die Werte der Hörbarkeit der Explosion gelegt. Die Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe, Durlacher Allee 56, bittet hiermit die Öffentlichkeit, bei den Beobachtungen mitzumachen und Wahrnehmungen zu melden. Auch Meldungen über Unhörbare sind wertvoll. Die Sprengung findet am 18. Dezember, pünktlich 11 Uhr morgens, bei Kammersdorf statt. In der Gegend Mannheim-Seidelberg wird der Knall etwa 22 bei Karlsruhe etwa 25 und in der Freiburger Gegend etwa 30 Minuten später eintreffen. Falls die Schallstrahlen Reflexionen an oberen Luftschichten erleiden, können sich obige Zahlen bis 50 Proz. erhöhen. Zu achten ist auf die genaue Zeit des Eintreffens des Schalls, auf Richtung (etwa „von oben“?), Stärke, Art und Dauer der Detonation. Nicht fehlen möge ferner eine Angabe über die z. B. herrschende Witterung, Windrichtung und Wolkenzug sowie über den Beobachtungsplatz.

## Aus den Parteien

Der Vorstand des Landesverbandes Baden der Deutschen Nationalen Volkspartei, der am Samstag in Karlsruhe tagte, hat einstimmig den Abgeordneten Dr. Schmitthener zum dritten Landesvorsitzenden gewählt und ihm das Amt eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes übertragen. — Der bisherige dritte Vorsitzende, Geh. Rat von Senger-Freiburg, hatte schon vor einiger Zeit sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Die statutenmäßige Neuwahl des Gesamtvorstandes wird im Februar n. J. durch den Landesauschuss erfolgen.

## Gemeinde-Rundschau

Mannheimer Nationaltheater. Im November 1923 ist in Mannheim ein wertvoller Garantiefonds zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages des Nationaltheaters im Spieljahr 1924/25 gebildet worden. In den Bedingungen für die Garantiezessionung, die von den Zeichnern unterzeichnet anerkannt worden sind, ist gesagt, daß die Zeichner der Stadt Mannheim gegenüber für einen etwaigen Fehlbetrag haften bis zur Höhe ihrer Zeichnungen und daß, falls die Abrechnung am Schluß des Spieljahres 1924/25 einen endgültigen Fehlbetrag ergeben sollte, dieser auf die Zeichner im Verhältnis des Fehlbetrages zu der gesamten Garantiesumme gleichmäßig umgelegt werde. Nach dem endgültigen Rechnungsergebnis des Spieljahres 1924/25 betragen die Betriebseinnahmen 1.572.025,87 M., Betriebsausgaben 2.118.166,84 M., Sonach hat die Stadt einen Betriebsüberschuß von 546.140,97 M. zu leisten. Hierzu kommen noch die sonstigen Leistungen der Stadt für Ruhe- und Unterstüßungsgehälter, für den baulichen Unterhalt der Gebäude und Magazine und für die Feuerversicherung für Gebäude und Fahrnisse mit 308.028,76 M. Insgesamt würden sonach die Leistungen der Stadt 854.169,73 M. betragen. Zum Garantiefonds sind 129.010,30 M. gezeichnet worden. Die Zeichner zum Garantiefonds müssen sonach in voller Höhe der von ihnen gezeichneten Summe zur Deckung dieses Fehlbetrages herangezogen werden.

Die Heibelberger Wehranlage. Unter Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Walz tagte in Heibelberg letzten das Preisgericht, um über die eingelaufenen Entwürfe für die Wehranlage am Karlsruher See eine Entscheidung zu treffen. Eingegangen waren insgesamt 8 Entwürfe. Es wurden zwei erste Preise verteilt, und zwar an die Maschinenfabrik Augsburg-München in Gussfabrik (Eisenkonstruktion), Grün u. Wilfinger, Mannheim (Eisenbau), Baudirektor Abel (Architektur). Ein veredeltes Wehr ohne Stieg mit einem Pfeiler in der Strommitte. Ferner an die Firma Krupp-Grußon-Berle, Magdeburg. Ebenfalls veredeltes Wehr ohne Stieg, jedoch mit drei Pfeilern im Strombett. Auf der rechten Redartheite ein kleines Häuschen zur Erzeugung der elektrischen Kraft für den Betrieb des Wehres, seitlich am Karlsruher See eigentliche enge Kanalbetrie für die Schiffahrt. Der Fall des Wassers beträgt 2,80 Meter. Eine lobende Anerkennung bekam gleichfalls die Maschinenfabrik Augsburg-München für einen Entwurf mit Stieg, der auch im Modell gezeigt ist. An dem Wettbewerb hatten sich außer den beiden Firmen noch beteiligt: Louis Guers, Hannover, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G., Dortmund-Union, Eisenbauaktiengesellschaft Kahlen, Baden, Landkammer, Rheinmetall-Aktiengesellschaft Berlin, Stauwerke-Aktiengesellschaft, Zürich, Maschinenfabrik Schillingen. Die Entwürfe aus Zürich und Dortmund fanden ebenfalls in scharfem Wettbewerb und waren in engere Wahl gezogen.

Die kommunalen Presseämter. Der Hamburger Senat hat mit Zustimmung der Hamburger Bürgererschaft dem Direktor der Staatlichen Pressestelle die Stelle eines Vortragenden Rats (Gruppe 13) übertragen und ihm damit regelmäßigen Anteil an den Sitzungen des Senats ermöglicht. In den meisten deutschen Großstädten existieren zwar bereits kommunale Pressestellen, doch ist man aber in der Regel weit davon entfernt, diese Pressestellen entsprechend der Bedeutung, die die Presse für die Kommunalpolitik heute hat, einzuziehen und den Leitern dieser Pressestellen eine entsprechende Stellung zu gewähren. Es muß entschieden darauf hingearbeitet werden, daß die Pressestellen nicht nur mit erstklassigen Fachleuten besetzt werden, die entweder selbst aus der Presse hervorgegangen sind oder für die Technik des Pressewesens ausreichendes Verständnis besitzen, sondern daß auch die Leiter dieser Stellen nach außen hin eine ihrer Bedeutung angemessene Stellung erhalten.

## Aus der Landeshauptstadt

Der Ehrenдокторat für Generaldirektor Oser. Wie gemeldet wird, verlieh die Technische Hochschule Karlsruhe dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Oser aufgrund seiner Verdienste um die technische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Eisenbahnen die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber.

Ein Altkarlsruher Gasthof, der „Darmstädter Hof“, ist in neuem Gewande, nachdem er jahrelang infolge der mifflischen Verhältnisse der Inflationszeit geschlossen war, mit dem heutigen Tag wieder eröffnet worden. 1764, als die Stadt Karlsruhe erst 2800 Einwohner zählte, ist das Gebäude entstanden, das übrigens auch Napoleon I. beherbergt hat. Die bisherigen Besitzer des Weinrestaurants „Abeingold“, das Ehepaar Eberhard haben es käuflich erworben und das alte Haus im Innern einem vollständigen Umbau unterworfen. Diese Renovierung schließt sich jedoch an die alten schönen Formen der Weindrennerzeit an und hat unter Vermittlung allen falschen Prunks im Verein mit der erhaltengebliebenen Außenarchitektur eine ungemein heimelige Gaststätte geschaffen. Die Kellerräume und Bauleitung unterstand dem Architekten Otto Gieb, der zur Ausschmückung der Restaurationsräume den hiesigen Künstler Karl Wagner heranzog. In die Wandtäfelung des geräumigen und schön gegliederten Hauptrestaurants sind eine große Anzahl interessanter Aquarelle, sämtlich Darstellungen aus Altkarlsruhe eingebettet, und außerdem schmücken sieben Ölgemälde Mahers das in Rot gehaltene Wohnzimmer. Sehr freundlich wirkt auch eine inadelberleibete Stammtischische. Die gemütlich bleiverglaste Fenster enthalten sehr gute Medallions aus der Glasmalerei Großkopf, darstellend berühmte Persönlichkeiten aus Karlsruhes Vergangenheit, vom Gründer der Stadt bis zu Hans Thoma. Während der „Darmstädter Hof“ früher Hotel war, ist er jetzt lediglich Gaststätte. Die oberen Räume enthalten u. a. ein kleineres und ein saalartiges größeres Gesellschaftszimmer. Das ganze Anwesen hat Warmwasserheizung, für die ein neuer Kellerraum angelegt wurde. Die alten geräumigen Keller dienen wieder als Weinkeller. — Gestern Abend fand in Gegenwart einer Anzahl geladener Gäste, darunter Vertreter des Bezirksamts und der Stadt eine Eröffnungsfeier statt, wobei des Quartier vom Landestheater und auch die musikalische und musikalische Wirken der musikalischen Teil bestritten. Eine große Anzahl von Glückwunschsprachen wurde gehalten und ein vom Architekten dem Ehepaar überreichtes Gästebuch angelegt.

Vor dem Karlsruher Schwurgericht hatten sich am Montag der 27 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Schmalzhaft und dessen Bruder, der 20 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Emil Schmalzhaft aus Oberhausen (Am Bruchsal) wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Am 16. August cr. einem Sonntag, waren die beiden nach ziemlichem Alkoholgenuss auf den Einfall gekommen, den vor dem Hause des Landwirts Karl Rothardt in Oberhausen stehenden Birnbaum abzuschüttern. Als Rothardt die Schmalzhaft zur Rede stellte, entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf Rothardt zu Boden stürzte. Die Anklage nahm nun an, daß R. in dieser Verfassung von den Brüdern durch Schläge mit einer Gade traktiert wurde, so daß er nach wenigen Tagen an schweren Schädelverletzungen starb. Ihm wie auch den noch unbestraften Schmalzhaft wurde von allen Seiten ein gutes Zeugniszeugnis ausgestellt. Das Gericht gewann aus dem Gang der Verhandlung die Überzeugung, daß das größere Maß der Schuld auf Seiten des Wilhelm Schmalzhaft liege und verurteilte ihn unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 2 Jahren Gefängnis, abzüglich 8 Monaten Untersuchungshaft. Emil Schmalzhaft kam mit 3 Monaten Gefängnis davon, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß sich Rothardt in Notwehr befunden habe. Notwehr gegen Notwehr kenne das Gesetz nicht. — Am Nachmittag mußten sich zwei bisher unbescholtene Burschen aus Reuthardt (Am Bruchsal) unter der schweren Beschuldigung des Meineids beim der Anklage dazu verantworten. Der eine soll bei einer Gerichtsverhandlung wegen einer Schlägerei unwahre Aussagen gemacht haben. Das Urteil lautete nach umfangreicher Beweisaufnahme auf 1 Jahr und auf 1 1/2 Jahr Zuchthaus.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D. Freiburg, 14. Dez. Als Rektor für das Studienjahr 1926/27 hat das Plenum der Universität Freiburg in seiner Sitzung am Samstag, den 12. ds. Mts. Herrn Prof. Dr. Johannes Nagler, Ordinarius für Straf- und Zivilprozess, sowie für allgemeine Rechtslehre gewählt. Der künftige Rektor, der als Nachfolger von Prof. Dr. Bauer sein neues Amt am 15. April 1926 übernehmen wird, ist 1876 in Reidenbach im Vogtlande geboren, wurde 1906 als Ordinarius von Leipzig nach Basel berufen und wohnt seit April 1915 hier.

D. Kirchgarten, 14. Dez. Der vom Schwarzwaldberein bereits zu einem erheblichen Teil fertiggestellte neue Müllentweg führt durch den Hirschkprungelsen. Es war von der Fertigstellung des Tunnels durch diesen Felsen berichtet worden. Der Tunnel hat eine Länge von etwa 34 Metern und ist völlig gerade. Die Höhe beträgt etwa 1 1/2 bis 2 Mtr. Eine Abteilung Gefangener aus dem Freiburger Landesgefängnis hat seit Ende August mit kurzen Unterbrechungen an der Fertigstellung des Tunnels gearbeitet. Der Felsen selbst besteht aus härtestem Gneis, der Durchgang wird völlig offen sein. Die Herstellungskosten belaufen sich auf etwa 3000 M.

D. Aus der Pfalz, 14. Dez. Wie die „Pfälzische Presse“ meldet, machte der Besitzer eines Weingutes im pfälzischen Unterland, der keine direkten Nachkommen hat, dem bayerischen Staat das Angebot, ihm sein Weingut zu schenken, wenn ihm und seiner Frau eine bestimmte lebenslängliche Rente zugesichert werde. Da der Mann schon ein 69jähriger ist, wäre das zweifellos kein schlechtes Geschäft für den Staat gewesen. Der Staat hat jedoch abgelehnt. Darauf wollte der Mann seinen Besitz dem Wingerverein schenken unter der gleichen Voraussetzung. Auch dieser lehnte aber ab. Es heißt, die Bedingungen seien nicht befriedigend genug gewesen. Wie verlautet, sind auch noch andere Weingüter feil.

## Bandel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	15. Dez.		14. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.52	169.93	168.54	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	104.27	104.5	104.00	104.86
Italien . . . 100 L.	16.93	16.96	16.93	16.96
London . . . 1 Pf.	20.34	20.39	20.342	20.392
Nettort . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	15.09	15.13	15.06	15.09
Schweden . . 100 Kr.	80.87	81.07	80.84	81.04
Wien 100 Schilling	59.155	59.295	59.12	59.26
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.422	12.463

Bücheranzeigen

Zurberg-Jugendbücher

Der junge Zurberg-Verlag Hans Neblaff, Karlsruhe, tritt mit einem Buchunternehmen für die Jugend vor die Öffentlichkeit...

A. Kipling: Schlichte Geschichten aus den indischen Bergen. Übertragen von Margarethe Theising...

Alexander Dumas: Der Arzt von Java. Ein phantastischer Roman. Aus dem Französischen übertragen von Friedrich Bender...

Das bunte Jahr. (Verlag R. Thieme, Stuttgart.) Mit diesem neuen Buchlein besichert Ernst Stemann den Reinen...

Julius Verne: Die Gräber. Geschichten von Bauernleuten, Tieren und Blumen...

Otto Maier's Spiele für Kinder. Wie alljährlich bringt der Verlag Otto Maier, Ravensburg...

praktischen Lebens, die dabei im Vordergrund stehen. Man kann den Eltern die Anschaffung solcher Spiele gar nicht genug empfehlen...

Staatsanzeiger

An die Herren Landeskommissäre und an die Bezirksämter.

Der VIII. Fortbildungskursus für Gemeindepolizeibeamte wird vom 23. Februar 1926 bis 20. März 1926 an der Polizeischule in Karlsruhe stattfinden...

Karlsruhe, den 10. Dezember 1925. Der Minister des Innern J. B. Reers.

Bekanntmachung Berlegung der Gemarkungsgrenze zwischen Waldkirch und Röllnau.

Die durch übereinstimmende Beschlüsse der Stadtgemeinde Waldkirch und der Gemeinde Röllnau abgeschlossene Vereinbarung...

Karlsruhe, den 10. Dezember 1925. Der Minister des Innern Kemmle

Badische Lichtspiele Konzerthaus

Nur noch eine Vorführung: Heute Dienstag, 15. Dezember, 8 Uhr abends

Die neue Grossmacht

Ein Film über Körperkultur und Volkskraft von geradezu machtvoller Wirkung

Tintenmännchen kennt den Kitt!

Musik-Begleitung: Polizeikapelle Kartenverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Erwerbslose, Schüler und Studierende gegen Ausweis halbe Preise

Einladung.

Die Herren Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur

ordentlichen Kammerversammlung

auf Sonntag, den 31. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, in das Justizgebäude zu Karlsruhe...

Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Mitglieder der Kammer während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebenfalls auf.

Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirkes noch besonders schriftlich einzuladen.

Im Anschlusse an die Versammlung gemeinsames Mittagessen.

Karlsruhe, den 28. November 1925.

Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer.

Dr. Dieß, Vorsitzender.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis 31. Dezember 1925. 2. Rechnungslegung. 3. Entlastung des Vorstandes. 4. Festsetzung des Jahresbeitrags zur Kammerkasse für 1926...

Gemeindeparkasse Graben.

Rechnungsabluß auf 31. Dezember 1924.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Schulden. Includes sub-totals for running and non-running items.

Vermögensdarstellung.

Table with columns: Vermögen, Schulden. Lists assets like real estate and liabilities like bonds.

Graben, den 8. Dezember 1925.

Der Gemeinderat.

Einkommensteuervorauszahlungen.

Denjenigen Steuerpflichtigen, deren Wirtschaftsjahr in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 abschließt...

Die Finanzämter Stadt und Land. Im Neuanfertigen und Umarbeiten von Steppdecken u. Daunendecken empfiehlt sich Paula Schneider...

Bürgerl. Rechtspflege

1. Streittige Gerichtsbarkeit.

Über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Weand in Philippsburg wurde am 10. Dezember 1925...

Arbeitsvermittlerin

die zugleich als Berufsberaterin tätig sein soll, sofort zu besetzen. Sozialbeamten und gründliche Kenntnis auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung...

Massage

wird gewissenhaft ausgeführt. Frau Frieda Oeder, Massage, Gartenstraße 24, IV, rechts. Samstags nicht.

Im Restengeschäft Viktoriastraße 10

sind Kleider, Schürzen, Damast, Reste, Hemden, Stoffe, Tisch- und Bettlaken, Handtücher zu billigen Preisen ein getroffen. Kein Laden.

gember 1925 Anzeige zu machen.

Philippsburg, den 10. Dezember 1925.

Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Maschinenföhrerin

zuverlässig in der Rechtschreibschrift, die möglichst schon bei Gemeinde- oder Staatsbehörden gearbeitet hat...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Arbeitsvermittlerin

die zugleich als Berufsberaterin tätig sein soll, sofort zu besetzen. Sozialbeamten und gründliche Kenntnis auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Handarbeitslehrerin

Wir suchen für unsere Frauenarbeitschule (Stiftungsanstalt) eine im vollen Umfange ausgebildete und geprüfte Handarbeitslehrerin zum alsbaldigen Eintritt...

Güterrechtsregister.

Güterrechtsregisteramt. Unter D.-Z. 409 Georg Jaf. Schmidt, Kaufmann, Ingenieur, und Babetta geb. Papf in Mannheim-Käfertal...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...

Widerrufen

Die öffentliche Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925...